

ANTRAG

Antragsteller*in: *Silvio Junger, Tim Hartmann, Oliver Höller*

Tagesordnungspunkt: *16.c. Allgemeine Anträge*

A4: Grenzen abbauen, Zukunft aufbauen: Für ein Ende der Binnengrenzkontrollen

Antragstext

Seit 2015 haben mehrere europäische Staaten an ihren Schengen-Binnengrenzen wieder Kontrollen eingeführt. Nach aktuellem Stand führen neben Österreich auch Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Polen, und Schweden temporäre Binnengrenzkontrollen durch.¹ Was ursprünglich eine kurzfristige Ausnahme sein sollte, ist in vielen Ländern zum Dauerzustand geworden. Das gefährdet die Grundidee der europäischen Integration: Reisefreiheit und einen grenzenlosen Binnenmarkt.

Österreich kontrolliert weiterhin an den Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien. Die aktuelle Notifizierung läuft bis 15. September 2026; zusätzlich hat das Innenministerium Mitte Juni 2026 die Grenzraumkontrollen in Richtung dieser vier Nachbarstaaten erneut um drei Monate verlängert.² Damit wird aus einer Ausnahme faktisch eine Dauerpraxis.

Diese Kontrollen binden erhebliche Ressourcen. Laut Budgetdienst lagen die unmittelbaren Kosten des BMI für Grenzmanagement und Grenzkontrollen in den zuletzt detailliert ausgewiesenen Jahren zwischen 22,5 Mio. Euro (2020) und 62,6 Mio. Euro (2019). Für 2023 ging der Budgetdienst von rund 40 Mio. Euro für den Grenzschutz durch das BMI und rund 50 Mio. Euro für den Assistenzeinsatz Grenzschutz durch das Bundesheer aus.³ Dazu kommen Verzögerungen an Grenzübergängen, Zusatzkosten für Unternehmen durch Staus und Lieferverzögerungen sowie Belastungen für Pendler:innen in Grenzregionen.

Der Schengener Grenzkodex erlaubt Binnengrenzkontrollen nur in Ausnahmesituationen, zeitlich begrenzt, notwendig und verhältnismäßig. Nach längerer Anwendung braucht es außerdem detaillierte Risikoanalysen, regelmäßige Berichte, und bei Kontrollen von mehr als zwölf Monaten auf derselben Grundlage eine Stellungnahme der Kommission.⁴

Genau diese Stellungnahme liegt für Österreich seit 2. Juni 2026 vor. Die Europäische Kommission hält darin fest, dass sich die Migrationslage in der EU deutlich verbessert hat: Die unerlaubten Grenzübertritte auf der Westbalkanroute gingen 2024 um 78 Prozent zurück, 2025 sanken unerlaubte Grenzübertritte in der EU erneut um 41 Prozent, und in Österreich gingen die Erstanträge auf Asyl 2024 um 49 Prozent zurück. Zugleich kritisiert die Kommission, dass Österreich nur begrenzt darlegt, warum Aufgriffe, Rückübernahmen, Terrorismus-, und Schleusungsbekämpfung an den einzelnen Grenzabschnitten eine weitere Verlängerung rechtfertigen.⁵

Schleusungskriminalität und Sicherheitsrisiken lassen sich wirksamer durch intelligente, mobile Kontrollen im Hinterland, gezielte Ermittlungen, gemeinsame Streifen, Polizeikooperation, Europol- und Frontex-Zusammenarbeit sowie moderne EU-Instrumente bekämpfen. Der EU-Migrations- und Asylpakt gilt seit 12. Juni 2026, das Entry/Exit System ist seit 10. April 2026 vollständig in Betrieb, und das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem ETIAS wird im letzten Quartal 2026 starten.⁶ Diese Entwicklungen sprechen dafür, europäische Außengrenzen, Asylverfahren, Rückkehr, Datenabgleich, und grenzüberschreitende Polizeiarbeit zu stärken, statt Binnengrenzkontrollen zu normalisieren.

Wir Junge liberale NEOS - JUNOS fordern daher:

- Die österreichische Bundesregierung soll die Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen zu Tschechien, der Slowakei, Ungarn, und Slowenien spätestens mit Ablauf der aktuellen Notifizierung am 15. September 2026 auslaufen lassen und nicht erneut verlängern.
- Bis dahin soll sie eine transparente Evaluierung der bisherigen Kontrollen veröffentlichen: Kosten, Personalbindung, Aufgriffe, Rückübernahmen, Schleusungsfälle, Wartezeiten, und Auswirkungen auf Pendler:innen und Unternehmen - jeweils nachvollziehbar nach Grenzabschnitten.
- Anstelle stationärer oder faktisch dauerhafter Binnengrenzkontrollen sollen mobile, risikobasierte Kontrollen im Grenzraum und Hinterland, gemeinsame Streifen mit Nachbarstaaten, Polizeikooperationszentren, gezielte Ermittlungen gegen Schleusungsnetzwerke, und die neuen EU-Instrumente konsequent genutzt werden.
- Österreich soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass auch andere Schengen-Staaten ihre Binnengrenzkontrollen schrittweise beenden und die Kommissionsempfehlungen zur Rückkehr zu einem funktionsfähigen Schengen-Raum umsetzen.

- Der europäische Fokus muss auf einer gemeinsamen, effektiven und grundrechtskonformen Kontrolle der Schengen-Außengrenzen, einem funktionierenden EU-Asylsystem, schneller Rückkehr bei fehlendem Schutzanspruch, und enger Sicherheitskooperation liegen – damit Sicherheit und Reisefreiheit gleichermaßen gewährleistet werden.

Quellen

¹ Europäische Kommission, Temporary Reintroduction of Border Control, aktuelle Tabelle. https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en

² BMI, Entschlossenes Vorgehen gegen die Schleppermafia - massive Reduktion illegaler Migration fortgesetzt, 14. Juni 2026. <https://www.bmi.gv.at/news4652.html?id=486e4d772b30712f3373383d>

³ Parlamentarischer Budgetdienst, Budgetäre Auswirkungen der Migrationswelle 2022, 31. Oktober 2023. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Budgetaere-Auswirkungen-der-Migrationswelle-2022.pdf>

⁴ Europäische Kommission, Rechtsgrundlagen und Verfahren zur temporären Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen. https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en

⁵ Europäische Kommission, Stellungnahme C(2026) 3560 final zu Österreich, 2. Juni 2026. https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/0a34a42d-ed2e-4efc-ae3-01e59b929552_en

⁶ Europäische Kommission, EES/ETIAS und Umsetzung des Migrations- und Asylpakts. https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen/smart-borders_en